

Betreff:

Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.03.2008 -

Antragstext:

Vorbemerkung

- Am **8. Februar 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung die KMW gebeten ein Moratorium in Kraft zu setzen - diesem Ansinnen wurde nicht gefolgt. Bereits in dem damals verabschiedeten Beschluss wurden Fragen zur Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks gestellt, die nicht zufrieden stellend beantwortet wurden. Schon in dieser Sitzung waren viele Zweifel an dem geplanten Neubau eines Kraftwerks in den geplanten Dimensionen auf der Ingelheimer Aue geäußert worden.
- Am **15. März 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung ihren Beschluss vom 8.2.2007 bestätigt und festgestellt, dass das berechtigte Interesse der städtischen Gremien und der Wiesbadener Öffentlichkeit an einer umfassenden Information und ergebnisoffenen Diskussion bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats der KMW durch ihre Festlegung auf den Neubau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue keine Berücksichtigung gefunden hat.
- Am **10. Mai 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, möglichst umfassende Einwendungen und Stellungnahmen gegen das Kraftwerk vorzubereiten, um die Interessen der Stadt Wiesbaden und ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen und eine Anwaltskanzlei zur Begleitung des Verwaltungsverfahrens einzuschalten.
- Am **20. September 2007** hat die Stadtverordnetenversammlung auf ihren Beschluss vom 8.2.2007 hingewiesen und die Beantwortung der darin gestellten Fragen angemahnt. Gleichfalls wurde ein weiteres Wirtschaftlichkeitsgutachten angefordert - das aber der Stadtverordnetenversammlung nicht vorliegt. Die Antworten, die der Umweltausschuss erhalten hat, beantworten nicht die am 8.2. und die 20.9. gestellten Fragen.
- Am **14. Februar 2008** hat schließlich die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die KMW AG in den Umweltausschuss einzuladen, um spätestens bis zum 15.4.2008 eine Erläuterung des Wirtschaftlichkeitsgutachtens zu erhalten, weil dieses bisher lediglich in Auszügen und dann auch wenig verständlich vorlag.
- Ebenfalls am **14. Februar 2008** hat die Stadtverordnetenversammlung der Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zugestimmt, die der Magistrat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der SGD Süd fristgerecht zugeleitet hat. In dieser Stellungnahme (SV 08-V-36-0005) hat die Landeshauptstadt Wiesbaden umfangreiche Vorbehalte gegen das Projekt aufgelistet: Erwärmung des Rheinwassers und Auswirkung auf die Fischpopulation, Beeinträchtigung von FFH-Gebieten, Übermäßiger Ausstoß des Klimaschadgas CO₂, Beeinträchtigung des Landschafts- und Denkmalschutzes und vor allem die Gesundheitsgefährdung der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Antrag Nr. 08-F-01-0032 SPD-Fraktion

Damit haben die Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden unübersehbar ihre Skepsis gegenüber dem Projekt der KMW AG zum Bau eines 820-MW-Kohlekraftwerks mit einem CO₂-Ausstoß von ca. 4,5 Millionen Tonnen pro Jahr und einer Investitionssumme von geschätzt mehr als einer Milliarde Euro zum Ausdruck gebracht, so dass es an der Zeit ist - auch hinsichtlich der abgeschlossenen Offenlage und den über 60.000 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern gegen das Kraftwerk - das Projekt grundsätzlich aus der Sicht der der Landeshauptstadt Wiesbaden zu bewerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich aus Gründen der lokalen, regionalen und globalen ökologischen Gefährdung, der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener sowie der äußerst zweifelhaften Wirtschaftlichkeit des Projekts gegen den Bau eines 820-Megawatt-Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert - dem formalen Weg entsprechend - die Vertreter des Magistrats sowie der Fraktionen im Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG gegen das Kraftwerk zu stimmen und einen Bau- bzw. Planungsstopp zu beantragen. Dies ist aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung nicht nur im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden, sondern auch im Interesse des sich mehrheitlich im städtischen Besitz befindenden Unternehmens ESWE Versorgungs AG.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die ESWE Versorgungs AG auf, alternative Wege der Stromproduktion zu prüfen. Dazu gehört zum Beispiel der Bau eines weiteren Gas- und Dampf-Kraftwerks, vor allem aber die Erarbeitung und Implementierung von Strategien zum Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region, wodurch auch dauerhaft Arbeitsplätze bei der KMW gesichert werden können.

Wiesbaden, 05.03.2008

gez.

f.d.R.

Axel Imholz
Fraktionsvorsitzender

Marc Paffenholz
Fraktionsgeschäftsführer